

Ostland

Magistrat Lübing
Zug 24. DEZ 1932

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Günzel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljähr. 1,50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der Spalte, Seite 20 Pf. bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf. bei Anz. im Anschluss an den Text auf Zeitbreite 1,20 RM.

Nr. 52.

Berlin, 23. Dezember 1932.

13. Jahrg.

Inhalt. 2. 67: Wunth oder Durchdringung. / 2. 68: Ein „Aktion“ um das Danziger Hinterland. / 2. 69: Der Anteil der Danziger Bevölkerung an der Danziger Wirtschaft. / 2. 70: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 71: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 72: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 73: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 74: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 75: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 76: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 77: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 78: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 79: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes. / 2. 80: Die wirtschaftliche Entwicklung des Danziger Hinterlandes.

Boycott oder Durchdringung?

Es bestehen in Polen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß es ein Ziel der polnischen Politik sei, daß Danzig dem polnischen Staate einzuverleiben. Es gibt nach polnischer Auffassung zwei Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen; sie heißen auf wirtschaftlichem Gebiet: Boycott oder Durchdringung, auf politischem Gebiet: Zusammenarbeit oder Gewalt. Die polnische Danzapolitik hat sich bisher für den Boycott und die Gewaltanwendung entschieden. In den Kreisen in Polen, die diese Politik kritisieren und der „friedlichen“ Methode des Werts zu recht finden, hat sich neuerdings auch der ehemalige polnische Vertreter in Danzig, Dr. Strassburger, gestellt. Er hat kürzlich vor der Warschauer Gesellschaft der Selbstbestimmten einen Vortrag gehalten, in dem er die Politik, die die Warschauer Regierung bisher gegenüber Danzig verfolgt hat, einer ungewöhnlich scharfen Kritik unterzogen. Wohlgeraten die Kritik ist nicht genau das Ziel, sondern gegen die Mittel, und auch nicht gegen die Gesamtpolitik, sondern gegen die Linie in der Befolgung dieser Mittel gerichtet. Die Beziehungen Polens zu Danzig, meint Strassburger, müßten enger geknüpft werden, die Danziger Wirtschaft müßte durch Polen eine Unterstützung erfahren, der Danziger Hafen müßte ausgebaut werden; Polen müßte auch die nationale Empfindlichkeit der Danziger Bevölkerung achten, dabei aber „die volle Garantie der polnischen Minderheitsrechte“ verlangen.

Willen der Danziger doch nicht, wie es gehofft hatte, in die Knie zu knien. Es hat auf der einen Seite eine kostspielige und wirtschaftlich nicht unbedingt erfolgreiche gehalten und auf der anderen Seite doch nur erreicht, daß Danzig, das es zu sich heranzuzwingen wollte, wirtschaftlich und vor allem politisch immer mehr seinem Einfluß entzogen. Man kann sich ungefähr denken, wie sich Strassburger die Politik der „friedlichen Durchdringung“ vorstellen mag: Wenn Polen, meint er, den Danziger Hafen ausbaut, hat es größere Aussicht, auf dessen Verwaltungen bestimmter Einfluss zu nehmen und in „A.“ auch die Wiederherstellung polnischer Firmen im Danziger Hafengebiet zu betreiben. Wenn Polen, denkt er, den Güterausstausch zwischen Danzig und dem polnischen Hinterlande begünstigt, wenn es die Entwicklung der Danziger Industrie fördert und dabei dafür sorgt, daß dies in immer höherem Maße dem polnischen Absatzmarkt abhängig wird, wird es auch leichter in der Lage sein, die Danziger Wirtschaft zu kontrollieren, finanziell und organisatorisch an Polen zu binden. Wenn Polen, meint er, den „irrtümlichen Boycott“ der Danziger Händler aufgibt und im Gegenteil den polnischen Fremdenverkehr nach Danzig in großem Stile organisiert, kann genötigt es (wie es in einen von polnischer Seite ausgehenden Protest gegen die Boykottierung Japotts einmal geheißen hat) die Danziger „an den Halsband der polnischen Herren“, zum unterrichten es die Selbstverwaltung polnischer Kaufleute, Handwerker und Pensionsbesitzer in Danzig.

Strassburger hat alle die Linien Polens zu einer Politik der „friedlichen Durchdringung“ gefordert, die von der Grundthese ausgehen müßte, daß Danzig für Polen ein unentbehrlicher Teil der „politischen Serkiste“ sei. Man fragt sich, was ihn zu dieser Schwankung hat veranlassen können. Die Gründe mögen zunächst einmal wirtschaftlicher Natur sein. Wenn Strassburger für einen Ausbau des Danziger Hafens eintritt, so kann man dann eine Kritik an Odginsz erblicken, da man ja kaum annehmen kann, daß er einen weiteren Ausbau sowohl des Odginsz als auch des Danziger Hafens befristeten will, wenn man bedenkt, daß nach der begründeten Auffassung des Danziger Senats die heutige Umfassungsfähigkeit des Danziger Hafens für die Veranlagung des gesamten westrätigen Außenhandels des polnischen Staates ausreicht, und daß auch die Sachverständigen des Völkerbundes in ihrem Gutachten vom 15. September zu erkennen gegeben haben, daß der Odginszer Hafen bereits heute eine größere Umfassungsfähigkeit besitzt, als für die Umfassung der Güter notwendig ist, für deren Veranlagung ihrer Meinung nach der Danziger Hafen nicht genügt. Der von Strassburger befürwortete Ausbau des Danziger Hafens müßte also, wenn er überhaupt eine produktive Anlage sein soll, zum mindesten eine wesentliche Förderung des Güterumfanges in Odginsz bedeuten. Wenn auch Strassburger nicht zugeben will, daß die von ihm gewünschte Veranlagung mit Danzig in der Hafenfrage auf polnischer Seite die Preisgabe Odginsz zur Voraussetzung hat, so läßt er doch der polnischen Danzig-Politik gegenüber kritisch gegenüber sein, um sich zu sagen, daß Polen in Danzig wohl mehr erreicht haben würde, wenn es die mehreren hundert Millionen, die ihm seine Hofpolitik bisher gekostet hat, in Danzig statt in Odginsz anlegt hätte. Polen hat durch den forcierten Ausbau seines Kaufhafens auf der einen Seite wohl den Danziger Handel empfindlich gestört, es hat auf der anderen Seite aber den Selbstbestimmungs-

Was Strassburger zu seiner Kritik an der Warschauer Danzig-Politik veranlaßt hat, das sind aber offensichtlich weniger wirtschaftliche Überlegungen als politische Erwägungen. Die Kritik entspringt vor allem der Einsicht, daß die Abfertigungs- und Boykottmethode der polnischen Regierung die deutsche Kooperationspropaganda begünstigt, daß der fortwährende Ausbau Odginsz der deutschen Sache Recht gibt: daß Danzig für Polen als Jougung zum Meere immer unentbehrlicher und somit die einzige Begründung billföhrig wird, die man in Versailles für die Fortrennung des Danziger Gebiets vom Deutschen Reich hätte anführen können. Vom politischen Standpunkt aus gesehen, meint Strassburger, würde eine Rückgabe Danzigs an Deutschland Polens die wirtschaftliche Rückbildung erschlössen. Der Koovid, meint er, solle, sei ohne Danzig für Polen unhaltbar. Damit mag er recht haben; denn einem im Reich zurückgebliebenen Danzig würde über kurz oder lang auch der ganze Korridor folgen. Aber die Polen, die sich die Danzig-Politik ihres Staates so vorstellen, wie sie Strassburger hier andeutet, übersehen eines sehr wichtigen Punktes, das es nämlich für einen Staat, der dem Deutschen Reich gegenüber eine unbedingte friedliche Haltung einnimmt, gleichgültig umwichtig ist, dem Deutschen Danzig gegenüber eine Politik der „friedlichen Durchdringung“ zu treiben. Sie werden wohl eine neue Enttäuschung erleben, wenn sie sich einbilden, daß Danzig, nachdem es nun Jahre hindurch in der scharfsten Weise in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gehindert und in seinem nationalen Empfinden verletzt worden ist, nationale Belange und vererbte Rechte preisgeben und sich von der inneren Verbundenheit mit dem deutschen Mutterlande lösen würde, nur deshalb weil Polen ihm einige materielle Vorteile bietet. Man ist in Danzig doch nicht geneigt, um zu wissen, daß das Ziel der polnischen Politik, ob diese für den gewalttätiger oder „friedlicher“ Mittel bedeutet, immer dasselbe bleibt: Die Unterdrückung des Danziger Selbststums.

Dr. R.

Der Amtssitz des Hohen Kommissars.

Die „Gazeta Odrańska“ scheint dem Danziger Völkerverbundskommissar Helmer Kötling nicht zu trauen. In der Tat haben ja dessen bisherige Amtshandlungen, trotzdem sie auch dem Danziger Wälschen durchaus nicht gerecht werden, die Hoffnungen, die man im polnischen Lager offenbar auf ihn gesetzt hatte, keineswegs erfüllt. Die „Gazeta“ macht sich nun Gedanken darüber, wie es wohl kommen wird, daß sich die meisten der Völkerverbundskommissare in dem weltlich-streitfertigen mehr oder weniger dem Danziger Standpunkt angeschlossen und gegen Polen entschieden haben. Anstatt den Grund dieses Verhaltens in der Tatsache zu suchen, daß Danzig niemals etwas anderes verlangt hat als das, was in den Verträgen, die für die Käuflichkeit der Kommissare Richtschnur zu sein haben, festgelegt ist, meint die „Gazeta“ die ihr unangenehme Erscheinung damit erklären zu können, daß die gesellschaftliche, moralische und politische Atmosphäre, die der Hohe Kommissar in Danzig einatmet, nicht ohne Einfluß auf dessen Entscheidungen bleiben könne. Sie verlangt daher, daß bei der grundsätzlichen Behandlung der Danziger-polnischen Beziehungen in Genuß auch die Frage aufzuerwecken werde: „Warum wohnt der Hohe Kommissar des Völkerverbundes in

Danzig?“ Man kann es der „Gazeta“ nachfühlen, daß es ihr lieber wäre, wenn der Völkerverbundskommissar sich überhaupt nicht in Danzig aufhalten, sondern seinen Sitz in Genuß oder besser: in Warschau haben würde, damit er an anderer dort die mit französisch-polnischem Geiste geschnittenen Atmosphäre einatmen oder hier ganz von den polnischen Galgenen eingekerkert werden kann. Im Verfallener Diktat heißt es: „Der Hohe Kommissar hat seinen Amtssitz in Danzig.“ Diese Bestimmung ist von dem Sechsmündigen nicht aus Petze zu Deutschland in das Diktat aufgenommen worden, sondern aus rein sachlichen Gründen: Es ist unmöglich, die schwierigen Danziger Verhältnisse zu überblicken und in dringenden Fällen rechtzeitig einzugreifen, wenn man in Genuß oder Warschau oder sonstwo sitzt und auf Zwischenträger angewiesen ist. Es wäre auch teurer fonderbar, wenn der Kommissar, der zur Wahrnehmung der Schuldverpflichtung des Völkerverbundes für die Seite Diktat bestellt ist, seinen Amtssitz ausgerechnet in der Hauptstadt des Staates haben sollte, der die Rechte der Freien Stadt unangefochten bedroht. Es verlohnt sich kaum, sich mit den neuen Ausführungen der „Gazeta“ weiter auseinanderzusetzen.

Polnische Osteuropa-Politik.

Wirtschaftliche Auswertung des Richtangriffspaktes.

Es war von vornherein klar, daß Polen den Richtangriffspakt mit Rußland nicht nur aus politischen Gründen, also um dem Kampf gegen die bewährte Kapitalwirtschaft eine Wiederebenung im Osten zu haben, abgeschlossen hat, sondern mit dem Absicht auch weitgehende wirtschaftliche Absichten und Hoffnungen verbindet. Sicher ist jedenfalls, daß man in Warschau jetzt an eine handelspolitische Auswertung des Paktes heranzugehen denkt. Man erachtet dort von einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland eine wesentliche Erleichterung der industriellen Lage Polens; insbesondere hofft man die Schwerkundindustrie Ostpolens und die Textil- und Lederindustrie der Podberz und Bielskoherer Rayons vor dem sonst unermesslich erscheinenden nötigen Untergang retten zu können. Beide Industriezweige besitzen eine weit über die minimale Aufnahmefähigkeit des polnischen Inlandmarktes hinausgehende Produktionsfähigkeit; beide sind — ebenso wie die meisten anderen Industriezweige Polens — in hohem Maße auf die Ausfuhr angewiesen. Nach den Angaben des polnischen Hütten- und Stahlwerks in den letzten Jahren betrug die Exportleistung der polnischen Eisenausfuhr nach dem Osten; im laufenden Jahre ist die polnische Eisenausfuhr um etwa drei Viertel gesunken. Der Rückgang der oberflächlichen Industrie seit der Zeit, in der ihre Ausfuhr nach Sowjetrußland ins Stocken geriet. Man ist in Polen der Ansicht, daß der russische Markt infolge des gewaltigen Umbaus, den er durch den Zünfährsplan erfährt, noch auf Jahre hinaus in großem Umfange der Einfuhr ausländischer Produkte bedarf; an dieser der Stärkung des Selbstnahrungsmittel-Verbedarfsdeckung Rußlands hofft Polen, nachdem nun mit dem Absluß des Richtangriffspaktes eine politische Entspannung eingetreten ist, teilzunehmen zu können, wobei es sich vor anderen Ländern durch seine geographische Lage begünstigt glaubt. Die polnische Textilindustrie hat vor dem Kriege den gewaltigen russischen Markt mit ihren Erzeugnissen beliefert; sie hat nach dem Kriege, als ihr dieser Markt verlorengegangen war, teilweise mit Erfolg Erfolg auf fremden Märkten gesucht, befindet sich aber jetzt angesichts der Aufgabe dieser Märkte und infolge der völligen Verdrängung der polnischen Konkurrenz in einer geradezu hoffnungslosen Situation, wenn es nicht noch gelingt, den russischen Markt wenigstens teilweise zurückzugewinnen. Bisher gibt es keinen Handelsvertrag zwischen Rußland und Polen. Der Handel wird seit 1927 durch die russisch-polnische Handelsgesellschaft „Sowpoltorg“ besorgt, die ihren Sitz in Warschau hat und eine Filiale in Moskau unterhält.

Der Wilna-Schliff.

Durch eine Anfrage im englischen Unterhaus wurde bekannt, daß zwischen der litauischen und der polnischen Regierung Verhandlungen über die Freigabe des Białystoker Verkehrs auf der Memel stattgefunden haben. Anlaß zu diesen Verhandlungen hat der aufstehende auch von der Londoner Regierung unterstützte Wunsch englischer Firmen gegeben, das von ihnen im nordöstlichen Polen gekaufte Holz auf der Memel abzuführen, anstatt es mit der „Doba“ von Ostpreußen herum zur Küste zu befördern. Von den verhandelnden Parteien war über die gegenseitige Stillnahme von Funktionen bereits noch keine Angabe gemacht worden. Durch die Anfrage im Unterhaus an die Öffentlichkeit gelangte es nun, daß sich die litauische Regierung veranlaßt, eine Erklärung hierzu abzugeben, in der es u. a. heißt, daß Litauen unter den bekannten Bedingungen

in einer bereit gewesen sei, den Verkehr auf der Memel freizugeben, daß die Freigabe der Grenze nach Polen aber eine Angelegenheit sei, die ausschließlich zwischen Litauen und Białystok gemacht werden müsse. Diese Freigabe der Memel durch den Białystok nach Polen angetanen Unrechts verbunden sei; solange dieses Kernproblem der litauisch-polnischen Beziehungen nicht geklärt sei, könne die Verkehrsfrage nur in besterem Maße erörtert werden.

Die litauische Erklärung ist im übrigen so unklar gehalten, daß man sich über den Stand der Dinge und über die Absichten der Römischer Regierung kaum richtiges Bild machen kann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in Romo wirklich die Absicht hat, mit Polen auf irgendeine Weise die die Gemeinlichkeit der polenlitauischen Kräfte des Landes nicht alljährlich vorliegt, in Sühnung zu kommen; und es ist möglich, daß man die Frage des Memelverkehrs als Ausgangspunkt dieser Sühnungnahme mit Polen zu benutzen denkt, da man sich in dieser Frage gegenüber der litauischen Öffentlichkeit mit einem gewissen Druck Englands, des derzeitigen Hauptabnehmers litauischer Erzeugnisse, antun könnte. Der litauische Botschafter in Br. Gannus, hat vor einiger Zeit in einem Romoer Journalisten-gespräch erklärt, daß sich die litauischen Beziehungen zu Polen bis jetzt nicht geändert hätten, doch sei er in dieser Hinsicht nicht pessimistisch. Weiter hat Dr. Gannus — einer Information der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ zufolge — seine Bereitwilligkeit zu Wirtschaftsverhandlungen mit Polen erklärt. Auch daß der litauische Generalkonsul kürzlich einen Besuch in Paris gemacht und dabei im französischen Kriegsministerium vor allem mit dem maßgebenden Mann des französischen Generalstabes, dem General Weygand, Beratungen gehabt hat und mit dem Franz. der Generalstab (I) ausgesprochen worden ist, deutet darauf hin, daß man in Romo mit dem Gedanken einer litauisch-polnischen Verständigung spielt, die Deutschland eine Stellung im Osten ganz wesentlich erschweren würde, da sie sich über kurz oder lang dahin auswirken müßte, daß Litauen als selbständiger Faktor aus dem Kreise der Völkerverbündigen Staaten hervortreten und sich in der polnischen Ostgrenze verfestigen und völlig in der polnischen Westfront aufgeben. Wenn nämlich dieser Völkerverbund-Staat überhaupt eine eigene Rolle in der osteuropäischen Politik zu spielen vermöge, dann nur dank der Tatsache, daß er zwischen Deutschland und Polen steht und ständig dem einen mit dem anderen drohen kann.

Man lehnt das auch in Romo noch nicht ganz verfallen zu haben. Der offiziöse „Lietuvos Aidas“, der in letzter Zeit selber wiederholt die Möglichkeit einer Verständigung mit Polen angebeutet hatte, hält es jetzt anscheinend doch wieder für angebracht, in der polnischen Frage zum Rückzug zu ziehen; er brachte am 18. Dezember eine programmatische Erklärung zur Białystoker Frage, in der er sich wiederholt gegen die polnischen Ansprüche wendet. Er ist nicht unglücklich, heißt es, daß Polen bis zum Zuge der Białystoker Frage gute Beziehungen zu Litauen unterhalten habe; Polen habe im Gegenteil von Anfang an gegen die Gründung des (wie wir hinzufügen wollen: von Deutschland gebildeten) litauischen Staates gekämpft, und es habe sich bemüht, die Anerkennung Litauens zu hintertreiben. Es habe das Wilnaer Gebiet besetzt, um Litauen zu einer Union mit Polen zu zwingen. Aber Litauen werde mit Polen nie zusammenkommen werden, weil der Vertrag von Genuß vernichtet und Wilna von Litauen zurückgegeben werde. Litauen habe den Beschluß der Białystoker-Konferenz niemals anerkannt, und es habe nach wie vor auf dem Standpunkt des Vertrages von Smolnik.

Anträge auf Urkunden-Herausgabe nur bis 31. ds. Mts.

Verdrängte, beachtet die Tatsache, daß Ihr Eure Urkunden aus allen erledigten Entschädigungsakten zurückfordern könnt, daß aber

die Anträge bis zum 31. d. M. beim Reichsamt für Reichsentschädigungsangelegenheiten einreichen (Verdr. des Reichsamt 5. 6. 24.).

Beiträge zur Grenzrevision.

Raubau und der anonyme Professor.

Der offiziöse „Cietuvas Aldas“ brachte am 11. Dezember unter der Überschrift „Das Memelgebiet als Kaufobjekt für die Dänemark“ eine Unterredung des französischen Journalisten V. Raudeau mit einem anonymen (Leipziger) Professor über die Memelfrage, in der der Leipziger Professor sich auf den Standpunkt gestellt haben soll, daß das Memelgebiet nur ein Kaufobjekt für den Däniger Korridor wäre. (Die Unterredung selbst ist in der „Illustration“ Nr. 4680 erschienen.) Zu diesem Standpunkt des Leipziger Professors nimmt der „Cietuvas Aldas“ folgenstheuernde Stellung: Sie die Deutschen ist also das Memelgebiet fast dazu da, als Kaufobjekt gegen den Dänemark zu stehen. Sie werden immer mit guten Angen die Polen in Memel sehen. Nun sind die „Setzungen“ (gemeint sind die Memelländer) fast das Vaterland nur Kaufobjekte. Ebenso wie ein Bauer ein Schwein füttert, damit er es später schlachten und zu einem guten Preis verkaufen kann, so wird auch jenseits der Memel gehandelt, um Memel wieder an die Polen zu verkaufen. Ein Unterschied besteht nur darin, daß der Bauer ehrlich ist und dem Schwein nichts von brüderlicher Liebe und Liebe bis zum Grabe verspricht. Und so ist es mit den „neuen Memelländern“ möglich, daß sie gefüttert werden, damit sie gegen Dänemark verkauft werden können. Oder vielleicht auch wollen die Memelländer mit guten Angen die Polen in Memel sehen? Aber dann könnten sie Abhilfe nehmen von ihrem Recht der Autonomie und sie könnten sich schnellstens vorbereiten, treue Wiener Polens zu werden, denn man weiß ja, daß die Polen nicht gern mit ihrer Autonomie zu spielen lieben und auch etwas Derartiges nicht gerne gewähren. Die Herren Suda, Profiler, und alle ihre Anhänger für die wäre es vielleicht schon an der Zeit, die polnische Sprache zu erlernen, denn die Polen werden mit ihnen nicht deutsch sprechen, wie es die Litauer tun. Auch den politischen Baden mit dem Landtag und anderem Autonomienpielerei wird man säubrieren müssen, denn die Polen lieben und dulden derartige Säubrieren nicht. — Zunächst wäre es einmal interessant, den Namen dieses angeblichen Leipziger Professors zu erfahren. Darüber sagt aber weder der Franzose Raudeau etwas, noch weiß ihn der „Cietuvas Aldas“ mitzuteilen. Das Ganze hat von vornherein ein Aussehen eines bloßen bühnenmäßigen Aufschwungs, die dazu bestimmt ist, die Litauer gegen Deutschland und die Memelländer an Deutschland irrezumachen. Man erinnert sich, wenn man den Unfuss liest, daran, daß Frankreich in Rußland eine große Summe für die antideutsche und polenfeindliche Propaganda bereitgestellt hat.

Poljaksoffs englische Sorgen.

Der „Ainle, Kurj, Coby“ veröffentlichte am 12. Dezember einen Londoner Brief des bekannten polnischen Propagandisten, des russischen Juden Poljaksoff, der unter dem Namen „Augur“ schreibt, über die Korridorfrage. Einleitend bemerkt die Redaktion, der von Augur mitgeteilte neue Plan zur Lösung des Problems bezweifle, daß die deutsche Propaganda es verstanden habe, in einigen englischen politischen Kreisen günstige Stimmungen für sich zu schaffen. Die englische Jagen radikale öffentliche Meinung habe immer wieder nach Mitteln, um die Forderungen Berlins bezüglich einer Änderung der deutsch-polnischen Grenze in dieser oder jener Weise zu erfüllen. Andererseits seien auch diese Kreise infolge der einheitlichen polnischen Front sich darüber klar, daß die polnischen Demomereilen auf friedlichem Wege unmöglich sei. Daher denke man an dem Vorschlag der Dänemark zu verweilen; aber auch sie sei für Polen undiskutabel. Der Korridor behindere den Durchgangsverkehr vom Reich nach Ostpreußen nicht (1), auch deutsche Militärtransporte verkehren häufig und ohne Normalität (1) durch Pommern. Der von Augur mitgeteilte Plan ist, wie er schreibt, kürzlich in einem kleinen Kreise in London erörtert worden, der aus Personen bestand, die an der Lösung des Korridorproblems im deutschen Sinne besonders interessiert sind. Augur batte ebenfalls eine Einladung erhalten, und man erklärte ihm, es handele sich nicht darum, den Korridor Deutschland zu überlassen. Die ethnographischen und historischen Rechte Polens an Pommern seien werden nicht berücksichtigt (1), aber die Forderungen Deutschlands seien berechtigt. Um sie wenigstens zum Teil zu erfüllen, werde es genügen, den Mittelstrich und das Gebiet der heutigen freien Stadt Danzig Deutschland einzuverleihen. So werde ein neuer neutraler Staat geschaffen, den man von Völkerverbund verworfen lassen müßte. Die Verarmung dieses Staates könnte nach dem Vorfall des Saargebiets erheblich sein. Deutschland werde dann nicht mehr darüber klagen können, daß polnisches Gebiet es von Ostpreußen trenne (1). Augur sagt hinzu, es sei ihm nicht schwergefallen, die Unmöglichkeit dieses Planes lächerlich zu machen. Man müßte, meint er, mit einer neuen Entwicklung der Dinge im englischen Feuer rechnen. Nach Schluß der Diskussion über die Abweisung müßte die deutsche Aktion gegen Polen an Stärke zunehmen. Man werde in England einen Kompromiß zu finden suchen aus Furcht vor einem Kriege, mit dem, wie Poljaksoff meint, Berlin häufig drohe.

Das „geraubte Breslau“.

Um „Verkauf“ des Konföderation „Dziennik Pojanski“ finden wir, so schreibt das „Polener Egoblatt“, folgende ergötzliche Entgegnung auf Anfrage aus dem Polenerkreise: „Herrn Korol Danin. Der Vorfall nämlich die „Breslauer Straße“ Polens unangenehm nachteilig auf sein Durchführung zu sein, Durchführung nicht geboten. Sie vergessen, daß Breslau eine polnische Stadt war und ist, die uns durch die Deutschen geraubt wurde. Die Verheißung des Straßennamens ist gewissermaßen ein Symbol, daß wir auf unser Eigentum nie und nimmer verzichten werden.“ — Herr Danin fahrt das patriotische Herz vor Schmerz zu platen, daß es in Polen immer noch eine Breslauer Straße gibt, und bei dieser Gelegenheit erfahren wir eine ganz neue historische Tatsache. Ein Quis für die bösen Deutschen, daß der „Dziennik Pojanski“ auf Glogau, Wien und Berlin vertriebt zu haben scheint (1) würde man doch wohl den betreffenden Straßen die früheren Namen Glogauer, Wiener und Berliner Straße beilegen können, als Symbol, daß der „Dziennik Pojanski“ auf dieses sein Eigentum nie und nimmer verzichten wird. Nun brauchen Deutschland und Österreich wenigstens für diese Städte nicht mehr zu erzfittern. Dagegen scheint man in der alten Poeslawa noch nicht auf die Schwere, ja sogar die Unmöglichkeit verachtet zu haben, denn es gibt in Polen immer noch eine Stadt Poeslawa, eine al. Wenzelskirche. Der „Dziennik Pojanski“ lasse sich belehren, daß Breslau, bevor es nach den schließlichen Kriegen an Preußen fiel, Österreich angehört hat, welches es wiederum den Ungarn abgenommen hat. Und sogar vor den Ungarn war es im Besitze Böhmens, nicht Polens. Einer „diplomatischen Auseinandersetzung“ seien wir mit Interesse entgegen.

Zwischen Berlin und Warschau.

Der „Kurjer Pojanski“ kritisierte die Sparmaßnahmen der polnischen Regierung in den ehemals preussischen Gebieten, in denen die Angleichung an Konzepte polen auf die Weite betrieben werde, daß alle mühevollsten Einrichtungen, die die preussischen Beamten in Erinnerung an die Vergangenheit gebaut werden. Die wirtschaftlichen, kulturellen und volkshilfen Interessen dieser Gebiete werden nach Meinung des „Kurjer Pojanski“, der sonst nicht deutlich genug schreiben kann, von der Warschauer Regierung mit Füßen getreten. Bei seiner Kritik entzündet dem Blatt ein Eingangsblatt, das festgehalten zu werden verdient. Es schreibt: „Die preussische Regierung hat bekanntlich in diesen Städten in die Städte ein großes Geld investiert, um diese zu beleben und zu entwickeln, indem sie von der Voraussetzung ausging, daß das in diese arbeitsamen Gebiete geleistete Kapital sich reichlich erweise. Vor allem machte man sich an die Verbesserung der Wege; der Bromberger Kanal, Chausseen und Eisenbahnen wurden gebaut. In größeren und mittleren, später sogar in kleineren Städten wurden Garnisonen untergebracht. Amster und Staatsfinanzen erhöht. Schulen von Beispiel erhielt außer dem Garnison- und vertriebenen Schulen die bekannte große Seilanstalt in Diekanen. Besondere Fürsorge wurde den kleinen und auch kleinen Städten gewidmet. Zinn, Reutombisfel, Alendun wurden sich von Kreisbehörden, in Exin, Rogosen und Polshym wurden Lehrerseminare errichtet, in Warschau, Erlone a. S., Witkowo, Dinnu und vielen anderen Städten wurden Schulpfaktoren, Bürgerhäuser, landwirtschaftliche Schulen und dergleichen geschaffen. Diese Anstrengungen, obwohl in unermesslicher Masse gemacht wurden, übten einen sehr günstigen Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Städte und Städtchen aus, woraus unabweisbar auch die polnische Bevölkerung Nutzen zog, übermiegend zwar nur mittelbar, denn unmittelbar wurde für sie selbst, obwohl sie Steuern zahlte, großmütig gesorgt.“ (1) — Das „Polener Egoblatt“ schreibt zu dieser bemerkenswerten Äußerung des „Kurjer“: „Die letzte Verheißung, daß für die polnische Bevölkerung großmütig nichts getan wurde, ist mit den geschichtlichen Tatsachen nicht vereinbar, gehört aber unserer Kampfmethod und soll in diesem Falle die außerordentlich seltene Anerkennung abschöpfen. Der kulturelle Spionhagen der Preussischer Westpolen ist das Werk der preussischen Schulverwaltung. Hier gab es bis zum Weltkrieg überhaupt keine Anhaltspunkte, während in Galizien und Konoprole der Prozentfuß der Analphabeten 50 u. S. der Bevölkerung überschritt. Die Germanisierungspolitik, die besonders in ihren den unteren Organen zur Fall bringen vornehmlich Unwissenheit von jedem rechtlichen Bewußtsein erzeugte wird, wenigstens in einem Maße, das eine wirtschaftlichen und persönlichen Härten. Ein starker polnischer Mittelstand wuchs zu preussischer Zeit empor. Selbst die staatliche Anleiheleistungstätigkeit hat nicht verhindert, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz in polnischer Hand zunahm. Sind doch polnische Kreditgenossenschaften, obwohl ihre unfeindliche Einstellung zum Staate bekannt war, zu den besten günstigen Verbindungen in die den deutsch-bürgerlichen Anstalten zu leben aus preussischen Regierungskassen gemacht worden.“

Die letzte Nummer

in diesem Jahre geht hiermit unsern Lesern zu. Wir bitten dringend, daß diejenigen, die außer „Ostland“ für das erste Vierteljahr 1933 noch nicht neu bestellend haben, dies unverzüglich zu tun.

Gerne bitten wir Mitglieder und Ortsgruppen, sich für die Weiterverbreitung des „Ostland“ beim Jahresversammlungen tatkräftig einzusetzen. Wer Besteller für das „Ostland“ werden hilft, stärkt dessen Einfluß als Kampfblatt für den Osten. Wir geben Seiten entgegen,

die von größter Entscheidung für die Zukunft unseres Ostens und damit auch des Vaterlandes sind. Zur Vorbereitung der minifinanzverwendenden Lösung der Ostfragen ist Aufklärung in den weitesten Kreisen nötig. Diese Aufklärung vertritt das „Ostland“. Darum müßt dem Osten und dem Vaterland, nur zur Vorbereitung des „Ostland“ beiträgt. Der Bezugspreis beträgt für das wöchentlich 12—16 Seiten stark erscheinende „Ostland“ nur 1,50 RM. im Vierteljahr.

Von der Ostiedlung.

von Schleicher über die Ostiedlung.

Reichskanzler von Schleicher hat in seiner Rundfunkrede vom 16. Dezember, in der er sein Regierungsprogramm entwickelte, u. a. über die Siedlungspläne des bereinigten Kabinetts folgendes gesagt: Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung eng zusammen. Über die Notwendigkeit, zu sieden, und zwar so schnell und so viel wie möglich, sind wir uns alle einig. Aber wir wollen uns nichts vormachen. Mit dem Vordringen des Guten hat es bislang arg gehapert. Gerade auch als Verwalter muß ich auf Verhinderung unserer Ostmark den größten Wert legen. Um in der Siedlungsfrage käuflich schneller vorwärtszukommen, ist innerhalb des Reichskabinetts dem Reichskanzler und in seiner Vertretung dem Reichspräsidenten für die Arbeitsbeschaffung ein besonderer Einfluß auf das Siedlungsprogramm eingeräumt. Für das Jahr 1933 sind zunächst 50 Mill. M. für die Siedlung im Haushaltsplan bereitgestellt worden, und weitere 50 Mill. M. werden unter Mithilfe der Reichsbank vorfinanziert. In den Vordergründen Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung folgendes Land zugeführt werden: In Ostpreußen etwa 80 000 Morgen, in der Grenzmark etwa 100 000 Morgen, in Pommern etwa 200 000 Morgen, in den beiden Mecklenburg etwa 120 000 Morgen. (Wie in Ergänzung der Ausführungen des Kanzlers mitgeteilt wird, soll außer in den vom Kanzler genannten Siedlungsgebieten Ostpreußen, Grenzmark, Polen-Westpreußen, Pommern und den beiden Mecklenburg auch in anderen Gebieten Deutschlands, insbesondere in den beiden Schlesien gesiedelt werden. Für die beiden Schlesien kommen danach etwa 200 000 Morgen in Frage, so daß insgesamt zu besiedelndes Gebiet in Deutschland auf etwa 800 000 Morgen geschätzt wird.)

Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Zahlen in der weiteren Abwicklung des Ostflüchlerfahrens, die auf äußerst beschleunigt werden wird, noch sehr erheblich erhöhen werden. Der Kanzler weist jedoch auf die Gefahren hin, die jeder Siedlung durch den Preisstand der Preise der Veredelungsprodukte drohen, und betont, daß die Reichsregierung bereits durch den Rentenlenkungs-Erfolg getroffen habe und durch weitere Maßnahmen die Notlage der Siedler zu lindern versuchen werde. „Der tiefere Grund für die Not Deutschlands und der Welt liegt darin, daß zu viel Menschen die Verbindung mit dem Boden verloren haben in Großstädten zusammengeballt leben und damit von jeder Wirtschaftsveränderung stark getroffen werden als der Mann auf eigener Scholle. Es wird der Arbeit einer Generation bedürfen, die Siedler dieser Entwicklung auszugleichen.“ Der Kanzler fordert in diesem Zusammenhang die stärkere Ausnutzung des dünnbesiedelten Ostens, ein Auflockern der Großstädte und ein Sachgütermachen eines möglichst großen Teiles auch der industriellen Wirtschaft im Sinne ländlicher Bevölkerungstruktur.

Das ist ein Programm. Programme haben wir in den letzten 14 Jahren schon viele gehört. Auf ihre Durchführung aber haben wir bisher in der Regel vergebens gewartet. Das Programm des bereinigten Kabinetts enthält im Abschnitt „Siedlung“ ein erstrenklich klares Bekenntnis zum Osten. Weit weniger klar sind dagegen die Ausführungen des Kanzlers zu den handelspolitischen Fragen, deren Lösung die Voraussetzung zu einer erfolgreichen Durchführung der Siedlung darstellt. Der Kanzler hat zwar gesagt, daß, aber er hat vorerst noch nicht gesagt, wie er die Schwierigkeiten zu

beseitigen gedenkt, die von verschärfen, auch ihm nahebedenklichen Seiten dem Siedlungsmerk bereitet werden. Er hat darüber gesagt: „Die Reichsregierung wird bei dem Aufbau des Agrarfortschritts die von den vorhergehenden Regierungen eingeleiteten Maßnahmen fortsetzen und ausbauen. Sobald hier die handelspolitischen Schwierigkeiten fortfallen und wesentliche Erleichterungen eintreten, wird die Reichsregierung von ihrer Zollautonomie im Interesse der Landwirtschaft in dem erforderlichen Ausmaße Gebrauch machen.“ Außerdem wird die über überragenden Einfluß einzelner Waren auf dem handelspolitischen, jeweils geeigneten Wege entgegenkommen.“

Siedlungsansatz der Reichsregierung.

Am „Reichstagszeitung“ vom 16. Dezember wird eine Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung veröffentlicht. Art. 5 dieser Verordnung lautet: Um die Arbeitsbeschaffung und der Aufgaben der ländlichen Siedlung sicherzustellen, lehnt der Reichskanzler bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen Ausschuss aus Mitgliedern der Reichsregierung ein, dessen Befehlshaltung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei grundsätzlichen Entscheidungen, insbesondere über die Aufstellung von Richtlinien und über deren Durchführung, einzuholen hat. Der Reichskanzler kann den Vorsitz des Ausschusses übernehmen. Seine Vertretung lehnt dem Reichskanzler für Arbeitsbeschaffung zu.“

Senkung der Siedlerrenten?

Der Siedlungsansatz des Reichstages hat am 20. Dezember mit dem Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Reichsbundes und zwei bündnisnationaler Stimmen gegen eine deutliche Stimme, sowie gegen die Stimmen des Zentrums und der D. V. Volkspartei einen Antrag auf Senkung der Siedlerrenten angenommen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Die Renten der mit Reichsmitteln angelegten Siedler werden mit Wirkung vom 1. Juli 1932 von 5 v. H. auf 3 v. H. herabgesetzt. Die Herabsetzung wird vorläufig auf zwei Jahre befristet. Für die mit Vordereinstellen angelegten Siedler ist eine gleiche Regelung anzuhalten. In allen Fällen sind die jährliehen Stellen im Durchschnitt des Siedlerrenten zu ermäßigen, weitere Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Sämtliche nach der Infation entstandenen Siedlungen einschließlich der Renten- und Züchtungsleistungen sind sofort auf die Höhe der Renten und ihre Tragfähigkeit nachprüfend. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Reichstag vorzulegen.“

Die Arbeitsgemeinschaft der privaten Siedlungsunternehmen

z. B. in Berlin hielt am 15. Dezember ihre große Wintertagung und Herbstversammlung ab, an der auch die Siedlungs-gesellschaft Deutscher Ostland teilnahm. Unter anderem sprach auf der Tagung der frühere Staatskommissar für die Ostpreußenhilfe, Landrat Rönneburg, der über die mancherlei Behinderungen, die dem Siedlungsmerk bereitet werden, und über die Möglichkeiten einer Beteiligung der Siedlung und einer Erleichterung des Siedlerrenten sprach. Der Leiter der Jungbauern- und Siedlerhilfe, Jüngling, Hiltmann, berichtete über den Einfluß des Freiwilligen Arbeitsdienstes für die landwirtschaftliche Siedlung, wobei er sich für eine verstärkte Heranziehung der Jungbauern, erwerbslosen Landarbeiter und ländlichen Hauswerker zum F. A. D. und für eine Verlängerung der Arbeitsdienstzeit für Siedlungsamater auf 40 Wochen einsetzte. Die Notwendigkeit der großen kolonialistischen Arbeit wurde in der folgenden Ansprache allgemein anerkannt.

Entschädigungswesen.

6 %ige Reichsschuldbuchforderungen.

Wie zu erwarten war, haben sich die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen in den letzten Wochen gut gehalten. Während die Kurse der anderen Wertpapiere größeren Schwankungen unterworfen waren, haben die Kurse der Schuldbuchforderungen ihren Stand behaupten können. Die Entwicklung der Kurse der Reichsschuldbuchforderungen wird in den nachstehenden Kreisen weiterhin günstig beurteilt, so daß

unter Umständen in der nächsten Zeit eine höhere Bewertung der Reichsschuldbuchforderungen eintreten kann.

Am 20. d. M. hörten wir folgende unverbündliche Verkaufskurse:

	I	II	I	II
1933 ...	99 1/2 v. H.	99 v. H.	1939 ...	78 v. H.
1934 ...	95	93 1/2	1940 ...	77
1935 ...	90 1/2	89	1941 ...	75
1936 ...	86 1/2	84 1/2	1942 ...	74 1/2
1937 ...	82	81	1943 ...	74 1/2
1938 ...	80	79	1944 ...	73 1/2

Wiederaufbaukapital 1944/45 34 v. H., 1946—48 33 v. H.

Aufwertungsfragen.

Hinterlegte Gelder werden nicht aufgemerkt.

Vor einiger Zeit hatten sich Berliner Gerichte in zwei Instanzen mit der Frage zu beschäftigen, ob die preussische Seite bei Auslösung von Geldbeträgen, die bei staatlichen Hinterlegungsstellen in Preußen deponiert worden sind, verpflichtet sei. Die erste Instanz hatte diese Frage verneint, während die zweite Instanz sich für eine Aufwertungsspflicht des preussischen Staates ausgesprochen hatte. Auf die Revision des preussischen Staates hin hat jetzt das Reichsgericht das preussische Urteil aufgehoben und endgültig festgestellt, daß hinterlegte Geldbeträge nicht der Aufwertung unterliegen.

Bundesnachrichten.

Ein frohes Weihnachtsfest

wünschen wir allen unseren Lesern und Verehrern, Mitarbeitern, Freunden und Förderern. Möge an diesem Fest der Liebe auch in das Heim derer, die alt und krank, erwerbslos und erwerbsfähig, die von Not und Herzeleid geplagt sind, ein Strahl der Freude und des Trostes, des Friedens und neubelebender Zukunftshoffnung dringen! In diesem Sinne allen Mitgliedern der großen Ostlund-Gemeinschaft und dem „Ostlund“-Vereinsgemeinde, wie auch allen Brüdern und Schwestern in der alten Heimat: gefegnete Feiertage!

„Ostlund“-Inhaltsverzeichnis.

Der heutigen Nummer, der letzten in diesem Jahre, liegt das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1932 unserer „Wochenchrift „Ostlund“ bei. Es spiegelt den reichen Inhalt des Jahrganges wider und zeigt, wieviel von vielen Schutt und Asche der Welt heiligt. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß jeder Landesverband und jede Ortsgruppe das „Ostlund“ sammelt, um jeden Augenblick sich durch Nachrichten über wichtige ostpolitische und organisierte Fragen unterrichten zu können, um die Berichte über die eigenen Veranstaltungen im „Ostlund“ für die Dauer aufzubewahren und gegebenenfalls den alten Jahrgang einzeln alten und neuen Mitgliedern zu Informationszwecken zur Verfügung stellen zu können. Es ist jeder Ortsgruppe, auch wenn sie noch so spärlich ist, möglich, ein einzelnes „Ostlund“-Jahrgang in einem beliebigen Aktenbündel gefaltet aufzubewahren. Es empfiehlt sich aber natürlich, die verhältnismäßig geringe Ausgabe, die das Einbinden verursacht, nicht zu scheuen und den gebundenen Jahrgang der Sicherheit der Ortsgruppe oder des Landesverbandes, wenn eine solche vorhanden ist, einzuweisen, ihn sonst aber mit den Akten zusammen aufzubewahren. Wer das tut, wird immer wieder seine Freude daran haben. Wärrer man einen Jahrgang durch, so sieht man immer wieder mit Überraschung, wie viele wertvolle Beiträge man nicht mehr in Kopf hatte, wie reiches Material für die Berichte in dem einzelnen Nummer bzw. Jahrgangens heft, und wie sie auch bei der Ausarbeitung von Aufsätzen über einzelne wichtige Themen, wie z. B. über die Korridorfrage, über die gemeinsame Entwaltungspolitik der Polen, über die Schul- und Minderheitenfrage in Polen usw. reiches Material geben, das sonst kaum auf andere Weise zu erlangen ist. Dazu kommen die vielen ostmärkischen Geschichte, Erzählungen, Erinnerungen, Schilderungen usw. Die Zusammenstellung des Inhaltsverzeichnisses stellt eine große Arbeit, die Herausgabe eine nicht unansehnliche finanzielle Belastung dar. Wir hoffen, daß Zeit und Geld dafür nicht unnötig verfliehe, sondern daß außer den Wärrerinnen der Ministerien, der sonstigen Reichs-, Staats-, Provinzial- und Gemeindebehörden, der Universitäten, der Städte usw., die das „Ostlund“ selbstverständlich binden lassen, nicht nur die Landesverbände und Ortsgruppen, sondern auch recht viele Familien das „Ostlund“ sammeln, jahrgangsweise zusammen mit dem Inhaltsverzeichnis binden lassen und aufbewahren. Kind und Kindeskind werden einmal dankbar sein, wenn sie aus solchen „Ostlund“-Bänden lernen sich über Deutschlands Notzeit und seinen Wiederaufbau unterrichten können. Zusammen mit unserm Ostbundesheimatkalender geben die einzelnen Jahrgänge unserer ostpreussischen Kampf- und Familienzeitschrift „Ostlund“ in die Entwicklung der Ostfragen einen tiefen Einblick.

Landesverbände, Ortsgruppen und Mitglieder, die es vorzuziehen haben, das „Ostlund“ zu sammeln, des letzten Jahrgang aber gern aufzubewahren möchten, können dieses, soweit der Bedarf reicht, von uns umgebunden zum ermäßigten Preise von 10 RM., verbunden für 14,50 RM., wenn in beiden Fällen die Postgebühr köme, beziehen.

Die Frist läuft am 31. d. M. ab

für die Einreichung von Anträgen auf Herausgabe von Urkunden aus alten Entschädigungsakten

mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen das Verfahren noch abzweigt, d. h. eine Entschädigungsantrag nicht gewährt oder ein rechtskräftig gewordenen einseitigen Abnahmensehrift noch nicht erteilt ist, ferner mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen der Geschädigte aus einem Schadensanspruch beim Polizeibüroauskunftsmittel angefordert hatte, der die sonstigen Entschädigungsakten dann an sich herangezogen hat und die Akten weiter aufbewahrt.

Vordruck für diese an den Deutschen Ostbund in Berlin W 30, Mochstr. 22, zu richtenden Anträge sind von uns kostenlos zu haben und müssen vollständig angefordert werden. Nach dem 31. d. M. werden die Anträge von der Reichsverwaltung für Heimatsangelegenheiten weder von den Geschädigten direkt noch durch uns angenommen. Bleibt in einzelnen Fällen keine Zeit mehr zur Anforderung von Vordrucken, so bitten wir, den Antrag auf Urkundenherausgabe ohne Vordruck schriftlich an uns zu richten, in jedem Falle aber wenigstens das Aktenzeichen der Entschädigungsakten, in der die Urkunden sich befinden, anzugeben. — Die Akten läßt werden nicht herausgegeben, sondern nur Kopien davon. Dies geschieht im Falle der Unmöglichkeit des Antragsfalls möglichst, sobald die sehr unbillige Ausforderung der Urkunden aus den richtigen Aktenbergen erfolgt ist.

Aus der Bundesarbeit.

Veranstaltungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Ost: Weihnachtsfeier am Freitag, 30. 12., abends 7 Uhr, in Vereinsklub „Südkamerden Hof“.
Berlin der Deutschen aus Raket und Lungeberg: Weihnachtsfeier am 27. 12. (3. Weihnachtsfeierfest), 6 Uhr abends, im Pörsenrausant, Charlottenburg, Berliner Str. 61. Gölle u. Freunde willkommen.
Ortsgruppe Kassel: Weihnachtsfeier am Mittwoch, d. 28. 12., 4 Uhr, im Vereinshaus, Königliche Str. 17. Unter anderem Entlohnung des alten Weihnachtsfestes „Kinder Glaube“ v. Georg Janas, Kassel. Kinderbesichtigung, abends Familienkränzchen. Eingeladene Gäste willkommen.

Landesverband Niederberg.

Die Ortsgruppe Hirschberg und Umgebung veranstaltete im Theater-Café eine Abendsfeier. Wie in früheren Jahren, so war auch diesmal der Abend von der Frauengruppe gut vorbereitet. Der Vorsitzende, Steuerinspektor Lange, konnte eine zahlreiche Versammlung, Gölle und Mitglieder, begrüßen. Freund Nikolaus verteilte reichliche Gaben. Gedichte und Gesänge von Mitgliedern, sowie musikalische Vorträge der Geschwister Fräulein und Frau Mueller-Wendisch umrahmten den gut verlaufenen Abend. Eine Verlosung beschloß die ostmärkische Feier.
Ostlund. In der letzten Monatsversammlung wurde als wichtigster Punkt der Tagesordnung die Kreislosfrage behandelt. Der Vorsitzende, Obersekretär Trieger, führte u. a. folgendes aus: Wohl die unbilligen Bestimmungen unter allen Umständen des Reichsleiter Treibendebatte, sind die Bestimmungen über die Abtrennung großer deutscher Objekte und die Forderung der neuen deutschen Ostgrenze. Wirtschaftlich und kulturell geschwächt durch das verlorenen Hinterland, weiterhin geschwächt durch die harte und langandauernde Wirtschaftskrise, liegen Ostpreußen, Ostböhmen, Sudeten, Danzberg und Danzig bauseit. Die kulturellen Einrichtungen sind vielfach unzureichend und können der Bevölkerung nur in beschränkter Umfang zugesichert werden. So bietet der ganze Osten ein Bild des benachteiligten Niederganges. Wenn man sich die durch die Verdrängung des preussischen Staatskommissars vom 1. August d. V. verjagte Zusammenlegung einer Anzahl Kreise, besonders auch im nördlichen Ostpreußen anlieht, so konnte man zu der Ansicht kommen, daß der Gesetzgeber die Bedeutung der Probleme des deutschen Ostens für die Gesamtanlage noch nicht genügend erkannt haben. Wohl unermesslich und nicht wieder gutzumachend Schaden ist durch die Zusammenlegung unferes Kreises mit dem Kreis Sagan angerichtet worden! Auch, aufs beste demütigte Extraditionen werden über den Haufen geworfen. Wirtschaftseinheiten, die sowohl geographisch wie verkehr- und wirtschaftspolitisch eine Einheit waren, die nicht zuletzt durch unsern „Alten Sein“ in der bisher bestehenden Form geschaffen wurden, werden zerfallen. Der organisch und geographisch gegebene Mittelpunkt des Kreises, die Stadt Sprottau, wird hinfällig. Landwirte, Kaufmännische, Handel, Gewerbe und Handwerker, wie überhaupt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, werden in jährlichen Fällen ihrer Existenz beraubt. Warum? Weil der Gesetzgeber glaubt, daß durch die Verwaltungsreform wertvolle Erparnisse im Staatshaushalt erzielt werden können. Er bedankt sich aber dabei aber nicht, daß durch eine vermehrte Arbeitslosigkeit infolge der verlängerten Wege zum Kreisfrüh, durch die Einrichtung von Sprechtagen und alle sonstigen Umständen, die mit dem Aufgehen der Stadt Sprottau verbunden sind, die Bevölkerung der Stadt Sprottau, wie auch den Kreis Sagan, in erheblichem Maße entleert werden. Eine etwaige Erparnis aufzuheben. Da außerdem die Kreisjalousieungleichung hier, wie auch an allen davon betroffenen Kreisorten eine weitgehende Veränderung der Kreisbevölkerung hervorgerufen hat, die sich bei uns sogar in einer heftigen Völkerverdrängung der Städte Sprottau und Sagan auswirkt, wir aber bei der an sich schon starken parteipolitischen Zersplitterung des Volkes nicht auch noch eine solche wirtschaftspolitische Art brauchen können, gibt es nur eine Forderung, und die ist, Aufhebung der Verwaltungsreform vom 1. August 1922 mit allen bisher ergangenen Verwaltungsänderungen. Der Redner verlas schließlich nachgehende Entschlüsse: a. 1. August, in den Deutschen Ostbund vereinigten Ostmärker des Kreises und der Stadt Sprottau, einzig im Willen mit der gesamten Einwohnerbevölkerung des Kreises, fordern Wiedergutmachung des durch die Kreisjalousieungleichung dem Kreis Sprottau zugefügten Unrechts. Sie sind sich darin

einig, daß nur eine Wiederherstellung des alten Zustandes wie vor dem 1. August für uns aufgegeben und zusammengelegte Kreise dahin führen kann, den so bitter notwendigen Kampf für die Erhaltung des deutschen Offens wirksam zu gestalten. Wir fordern daher Aufhebung der Verordnung vom 1. August 1932 mit allen ihren Nebenbestimmungen."

Die **Frauengruppe Slogau** konnte am 12. Oktober auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Das Stiftungsfest, welches an diesem Tage in den Räumen der Plantage, verbunden mit Tischbarnweibe, gefeiert wurde, eröffnete die 1. Vorsitzende, Frau C r e u l i c h, mit einem herzlichen Willkommen; sie führte den jährlich Verammelten die Ziele und den Zweck des Bundes vor Augen und schloß mit dem Wunsch, daß das Land, was unser Heim ward, auch bald wieder unser Heim möge. Hierauf folgten von Fr. S u k k e r vorgezogener Vortrag und die Worte des Tischbarnweibes. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Oberjustizsekretär L e u t j, hielt hierzu die Weiherede. Das Deutschlandbespiel den Weltkrieg. Während des gemächlichen Teils wurden ein Singspiel von Fr. S u k k e r und Fr. W e y e r vorgelesen. Frau W e n z e l eröffnete die Anwesenden durch humorvolle Gedächtnis in schlesischer Mundart.

Landesverband Saarbr.-Anhalt.

Die **Ortsgruppe Wittenberg** beging am 3. Dezember in Volkers kleinem Saal ihre von der Frauengruppe vorbereitete, äußerst gut besuchte Adventsfeier. Nachdem der Vorsitzende, Kaufmann Otto S c h u m a n n die Anwesenden begrüßt, der unter Verfallens besonders leidenden Volksgenossen in die uns entziffenen Gebieten gedacht und der Hoffnung auf ihre baldige Befreiung Ausdruck gegeben hatte, wurde gemeinsam ein Weihnachtslied gesungen. Unter Leitung von Fr. M e n n e l s führte acht Mädchen einen hübschen Tanz. Frau M e n n e l s einleitete Weihnachtsreden auf. Zur Beselung verteilte Sankt Nikolaus Spielsachen an die mitwirkende kleine Gesellschaft. — Unter dem neuen Mitglieder befand sich Pfarrer i. N. A n g e r m a n n, der aus Merseburg nach Wittenberg übersiedelt ist. In seiner Selbstanrede gelang es ihm, viele seelische und geistliche Bedürfnisse mit jedem Zuhörer zu knüpfen. Wie der Vortragende ausführte, hat er 30 Jahre in der Ostmark als Pastor gewirkt, zuletzt in Bromberg, und ist, obwohl aus Danzmann gebürtig, durch Arbeit und Besinnung ein würdiger Ostmarkler geworden. Wie die nationale Front nicht ohne begleitende kirchliche Arbeit, so sei auch deutsches Volkstum nicht ohne kirchliches Leben zu denken. Unseren ganzen deutschen Volk sei zu wünschen, insbesondere in dieser furchtbaren ersten Zeit, daß es wirklich echte christliche Weihnachtsfeiern mache. Nicht nur in der Weltanschauung und der Politik müßten Änderungen erfolgen, sondern auch ein neues Werden der deutschen Seele sei nötig. Wie die Ernachlenen unter dem unerbittlichen Drucke der polnischen Herrschaft zu leiden hätten, so mehr noch die Jugend; schließlich sei der Gedanke, daß Tausende deutscher Schulkinder ohne jeden deutschen Unterricht aufwachsen müßten. In den uns acrauten Gebieten habe Preußen während seiner Regierung sprachliche Rücksichten bis zum Äußersten genommen. Dafür nur der eine Beweis, daß bis 1873 die Regimentskommandanten in deutscher und polnischer Sprache schreiben ließ. Wenn Preußen so germanisiert hätte, wie jetzt Polen polonisieren, wäre noch ganzes Volantum kein Stamm mehr übriggeblieben. Die Abwehr polnischer Anmaßung müßte Sache des ganzen deutschen Volkes werden. Der Vortragende erntete reichsten Beifall. Die Versammlung blieb noch einige Stunden bei musikalischen Vorträgen der Hauskapelle und erhellten und heiteren Vorträgen von Mitgliedern bestimmen.



Die Frauengruppe Slogau.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Wietfeld. Am 2. Dezember veranstaltete die Ortsgruppe in der Aula des Gymnasiums eine Rundgebung für die entziffene und bedrängte Ostmark. Der Leiter der Veranstaltung, Herr Verwaltungsdirektor N e t h e i c h, begrüßte die jährlich erscheinenden Gäste, alsdann ergriff der Redner des Abends, Herr Prof. Dr. S c h r a d e r, das Wort zu seinem Vortrage über „Deutschlands geistliches Recht auf den Osten“. Von hoher wissenschaftlicher Werte schilderte er das Ringen um die deutsche Ostmark, das Ringen um Verlusten um Deutschen und Slawen um den Saie der Jahrhunderte. Unser historisches Recht auf die verlorenen Ostgebiete gründe sich vor allem auf die große deutsche Kolonisationsbewegung des Mittelalters, während der deutsche Bauer und Handwerker unter der Führung weisbühender Fürsten und des deutschen Ritterordens den heidnischen und halb zivilisierten slawischen Stämmen jenseits der Elbe das Christentum und die deutsche Kultur brachten. Damals seien auch im wesentlichen die deutschen Ölgrenzen der Vorkriegszeit geschaffen worden. Der Verlust im zweiten Ehonere Frieden sei dann vor allem auf das alte deutsche Erbteil, die innere Zerteilung, und

den Anstand der preussischen Stände gegen den Ritterorden im Jahre 1454 zurückzuführen. Am die politische Zeit, die aus dem ehemals in hoher Blüte stehenden Lande ein Wüstenland gemacht hatte, folgte nach den Eullungen Polens die Wiedererrichtung von den Slawen Mutterlande und die Wiederherstellung der Ordnung durch Friedrich den Großen, und zwar in so grünlicher Weise, daß es Napoleon 1807 nicht mochte, diese jeweils unter polnischer Herrschaft gewiesenen Gebiete dem neugegründeten Herzogtum Warschau anzugliedern. Erst dem auf gefälligen Unterlagen beruhenden Versailles Diktat blieb es vorbehalten, im deutschen Osten einen Zustand zu schaffen, der jeder Vernunft und Gerechtigkeit Hohe spricht. Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen verlas Herr Prof. Dr. Schrader seinen Brief des Oberbürgermeisters Dr. S a l o g e aus Elitz. Herr Prof. als gebürtiger Ravensberger besaß im äußersten Nordosten Deutschlands auf vorgeschobenen Posten steht, und der durch die Ravensberger Blätter von der Veranstaltung gehört hatte. Dr. Salog spricht in diesem Briefe u. a. die dringende Bitte aus, das gefährdete Deutschland im Osten und insbesondere das Memelland nicht zu vergessen. Das wurde ihm durch ein Telegramm zugesichert. Mit seinem Empfinden vortragene Lieber des Quartetts des hiesigen P o l i z e i b e a m t e n - S e l e n g e r e i n s und Gedächtnisrede von Mitgliedern des Landesverbandes gaben der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Wir können diesen gut gelungenen, von nationalem Schwunge getragenen Abend als einen vollen Erfolg unserer Ostmarkarbeit buchen. Ein gemächliches Beisammensein vereinte anschließend die Mitglieder und einen Teil der Gäste aus dem Vortrage in unserer Vereinslokal. Gefanngensort, Anekdoten und Vorträge über kleine Begebenheiten aus der alten Heimat ließen eine prächtige Stimmung innerer Verbundenheit aufkommen. Als neues wiedererprobendes Gaiant auf dem Gebiete der hermalischen Vortragskunst erboteten mir an diesem Abend zu unserer Freude unter Landsmann H u n d s d e r f f. Auch unser Vereinsabend im November, der jährliche Gäste bei uns, war bestens gelungen. Redakteur H a u s k n e c h t hielt einen Evidenzvortrag über „Das schöne Schlesien“, der großen Anlauf fand. Unser Mitglied, Frau S a b i c h, erfreute uns durch einige neue Gedichte im Gebiete der Lieber. Die Reuebung und Erregung in einigen Vorstandsämtern hatte folgendes Ergebnis: Verwaltungsdirektor N e t h e i c h, der schon länger in der Vorstandarbeit steht, wurde zum 2. Vorsitzenden ernannt. Er vertritt den nach langer Krankheit wieder immer noch nicht völlig wiederhergestellten 1. Vorsitzenden, Rektor S a l b e r g. E i s f i s s m e i e r H u n d s d e r f f wurde zum Vizeleiter, Kreisparkkassenbeamter Helmut M a r x zum Jugendführer ernannt. Weihnachtsfeier, von Frauengruppe und Jungfrauen vorbereitet, am 1. Januar 1933.

Landesverband Hessen-Kassel-Süddeutschland.

Frauenkreis der Ortsgruppe Kassel. Nicht eine Frauengruppe haben der Ortsgruppe, sondern eine Sammlung der Frauen in der Ortsgruppe zum Dienst an derselben, ist das ererbte soziale Ideal. Bei uns in Kassel ist es so, und die dabei genannten Erfahrungen dürften allgemein zur Rechthabung reizen. Am Rahmen einer Adventsfeier feierte der Frauenkreis am 7. Dezember sein sechstes Jahresfest, das Ortsgruppe und Frauenkreis auch nach außen hin als zusammenwirkende, feste Einheit offenbarte. Frau W i r t z, die Leiterin des Frauenkreises, begrüßte die jährlich erscheinenden Mitglieder und Gäste und gab eine kurze Übersicht über die vom Frauenkreis im vergangenen Jahre geleistete Arbeit. Obwohl diese sich naturgemäß mehr im Vorhergehenden abspielte, ist sie doch nicht weniger wertvoll. Pfarrer P e t z, der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, wies auch in seiner Ansprache darauf hin: „Bereitet dem Herrn den Weg“, heiße in die Praxis der Gesenwart umgesetzt „Bereitet der Liebe den Weg!“ Dem sei vorzüglich die Frau und Mutter denken. Ihre Hauptaufgaben sei es, über alle Unmögkkeit und Zerrissenheit unserer Zeit hinweg der einigenden, vorstehenden und verzehrenden Liebe den Weg zu bahnen. Die Verarmelten folgen uns nach der Aufgabe einige Strophen des Adventsliedes „Nacht hoch die Tür die Lot' macht weit!“ Mehrere polkende Musikstücke für Violine und Klavier, vortragen von Fr. O h e i m und E c h l e t z und von Herrn P i p p e l, gaben den Rahmen in einem Evidenzvortrag des Ehrenvorsitzenden Lehrers R o y l über die verlorene Ostmark. Mit einem kurzen Vortrag des zweiten Vorsitzenden, Herrn E c h l e t z, über „Die Möglichkeit der Herausgabe von Urkunden aus den Entschädigungsakten“ und dem „Schlusswort“ an den Verband des Landesverbandes, fand der reichhaltige Abend sein freundliches Abschlus. Wie sollten ermet sein, daß der Frauenkreis eine notwendige Ergänzung zu jeder Ortsgruppe ist. Wo er noch nicht besteht, sollte er schleunigst gegründet werden.

„Süddeutschen Heimatkalender“ bestellen!

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Verstorbene.

Oberrheinvereine in der Grenzmark **Polen-Westpreußen**. Der von uns bereits in Nr. 49 des „Ostland“ angekündigte Oberrheinvereine in der (Provinz) Grenzmark **Polen-Westpreußen** ist inzwischen am 1. März 1922 befohlen worden. Oberrheinvereine Dr. h. c. v. von Bülow in Schneidemühl scheidet am 1. April 1922 wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst, ist aber auf seinen Wunsch bereits jetzt beurlaubt und scheidet auf sein Gut in Kreis Bromberg (O. S.) über. Zu seinem Nachfolger ist der hiesigste Oberrheinvereine des Kreises **Melzig** von **Melzig** ernannt, der am 15. Januar jüngst kommissarisch die Geschäfte des Oberrheinvereine in Schneidemühl übernahm wird. Der dortige Provinzialausschuß hat sich mit seiner Ernennung zum Oberrheinvereine bereits einverstanden erklärt — Zum Nachfolger des Herrn von **Melzig** am Landrat in **Melzig** ist Herr von **Coeber** ernannt worden.

Ministerialrat Dr. h. c. Max Donnereit 60 Jahre alt.

Am 19. Dezember vollendete Dr. phil. h. c. Maximilian Donnereit in Berlin-Stahnsdorf-West (Grenzstraße), Ministerialrat der kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern, des 60. Lebensjahr. Gebürtig Volbringer, wurde Donnereit Rechtsanwält in Mey, Mitglied des Gemeinderats und des **Gesch-Volbringer** Landtags. Nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes und seiner Verdrängung aus **Görlitz** emigrierte er 1920 als Ministerialrat in die kulturpolitische Abteilung des Reichsministeriums des Innern, wo er u. a. als Reichskommissar bei der Reorganisation deutscher Wissenschaft und bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fungierte. Er ist seit 1920 Vorpresident des Hilfsbundes für die **Gesch-Volbringer** im Reich und weiterer Vorsitzender des Wissenschaftlichen Instituts der **Gesch-Volbringer** an der Universität Frankfurt. So hat er amtlich und ehrenamtlich sich stets für die Interessen des geliebten Grenz- und Auslandsvereins eingesetzt und um dieses sich große Verdienste erworben, die das **Präsident** des Deutschen Ostbundes in einem Glückwunschschreiben zu seinem 60. Geburtstag in warmen Worten anerkannt hat.

Zum **Rechtsgerichtsrat** ernannt wurde der Landgerichtsdirektor beim Landgericht I in Berlin Dr. Erich Schmalz in Berlin, Landgerichtsrat in **Reuthen** (Oberbesoldung) von 1914 bis 1922.

Ehrenbürger. Magistrat und Stadtordnungsreferendarium der Stadt **Melzig** haben einstimmig beschlossen, Dr.-Ing. h. c. Dr. Georg Seibt, Berlin, den Gründer der weltbekannten Radiosirma Dr. Georg Seibt **M. S.** in Berlin-Schöneberg, der ein Sohn der Stadt **Melzig** ist, zum Ehrenbürger zu ernennen. Dr. Seibt wurde am 2. September 1874 als Sohn des Kaufmanns Julius Seibt in **Melzig** geboren. Seine Mutter entstammte einer alten **Melziger** **Fürst**- und **Kudschuber**-familie.

Geborene: Eine Tochter dem **Lehrer** Erich Zupp und Frau Amalie, geb. Mann, in **Polen** i. **Pom.**, früher **Weißenhöhe**, **Krs.** **Wirsch**.

Verstorbene: **Kra-Medizinalrat** Dr. O. S. Wagner in **Frankfurt a. O.** mit 71. **Ulrich** **Möllers** **Albert**.

Silberne Hochzeit: Schlossermeister **Wolfgang** **Meißner** und Frau **Hedwig**, geb. **König**, früher **Strelitz**, jetzt **Altkreis** **Sieebau**, am 28. 12.

Goldene Hochzeit: **David** **Lehner** und Frau **Auguste**, geb. **Wittner**, in **Rudolfs**, **Krs.** **Birawan**, am 18. 12.

Verstorbene Ostmärker: **Gärtnermeister** **Wolfgang** **Hoffmann** in **Gruppenort**, **Weddigen**, 71, früher in **Polen** **W. S.**, **Gärtnermeister** und langjähriger **Provinzial-** und **Gruppenvorsitzer** der **Polen** **Gärtnermeister**, am 27. 12. 65 J.; **Waldhofs** **Georg**, Berlin **RO 55**, **Naaber**, 73 (früher **Weschen**), am 31. 12. 69 J.; **Kaufmann** **Stank** in **Kalkreuth** i. **Mark**, **Schlöß**, 20, früher **Opotowia**, am 21. 12. 70 J. langjähriges **Vorstandsmitglied** der **Ortsgruppe** **Berlin-Friedrichsbagen**.

Verstorbene: Der ehemalige **Besitzer** des **Rittergutes** **Sarbia**, **Krs.** **Samer**, **Hage** **St. d. n. t.** in **Polen** am 17. 12.; Frau **Hedwig** **Lehner**, geb. **Wittner**, in **Gruppenort** **Schwarzenau**, **W.** **Bromberg**, am 17. 12.; 57 J. **Rechner** **Karl** **Hirschfeld** in **Oberrain** am 17. 12.; 89 J., seine Frau **Ilse** **Sieben** **Ge** vor ihm; **Baummeister** **Paul** **Neubauer** in **Stawon**, früher **Bromberg**, am 28. 11.; Frau **Dau** **Gauer**, geb. **Schauer**, Witwe des **Kra-** und **Rechnungsführers** der **Bromberger** **Schleppschiffahrt** und **Präsident** **XII**, **Ernst** **Gauer**, bei ihrem **Schwiegersohn**, dem **Polstein** **Conrad**, **Bitterfeld**, **Walden**, 7 (Kassier der dortigen **Ortsgruppe**), am 9. 11. (der Sohn, **Karl** **Gauer**, ist **Lehrer** in **Bromberg**, die **Enkelkinder** ist ihrem **Wunsch** gemäß im **Erbschaftsvertrag** auf dem **neuen** **Hof** in **Bromberg** **bestellt** worden); **Hub.** **jur.** **et** **ter.** **pol.** **Klaus** **Hoffmann**, der **jüngste** **Sohn** der **Frau** **Marie** **Witzganz**, **verm.** **Hoffmann**, geb. **Wieske**, in **Kutow** bei **Sobótka** **(Pom.)**, infolge **Unfalls** in **Oberarmut**, am 11. 12., 19 J.; **Professor** **Max** **Joseph** in **Berlin**, einer der **ersten** **deutschen** **Hautärzte**, der in **Geroden** **geboren** war, der das „**Dermatologische** **Zentralblatt**“ herausgab und sich besonders durch die **Vepra-Bekämpfung** **widmete**, am 16. 12.; Frau **Ursula**, **Apothekenbesitzer** **Klara** **Rose**, geb. **Schulte**, in **Frankfurt a. O.**, am 15. 12., 87 J.; Witwe **Katharine** **Hein**, geb. **Wieske**, in **Polen**.

i. **Pom.** bei ihrem **Schwiegersohn** **Karl** **Zupp**, früher **Weißenhöhe**, **Krs.** **Wirsch**, am 9. 12., 71 J.; **Buchhalter** **Wolfgang** **Schiff**, in **Erlurt**, **Karlshöf**, 12, früher **Bromberg**, **Gilberg**, 48, am 26. 11., 42 J.; **Lehrerin** **M.** **Sittler**, **Kassel**, **Bringsdorf** **Str.** **62**, früher **Schmet**, am 14. 12., 57 J.; **Schuhmachermeister** **Richard** **Kalisch** in **Danten** b. **Viegnitz**, früher in **Kamitz**, am 7. 12., 72 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Elbing. Die **Erkennung** des **Städtischen** **Halls** ist noch nicht genügend in den **Akten** gelegt. Im **Anschluß** an einen **Vortrag** des **Herrn** **Dr.** **Stüme**, **Königsberg**, über die **Reihen** der **Erkennung** hat sich der **Magistrat** der **Stadt** **Elbing** in **seiner** **letzten** **Sitzung** nochmals eingehend mit dieser **Frage** befaßt. Der **Magistrat** vertritt den **Standpunkt**, daß dieses im **Interesse** der **Arbeitsbeschaffung** und **Siedlung** außerordentlich wichtige **Vorhaben** beifolgend durchgearbeitet und zur **Ausführung** gebracht werden muß. Dem **städtischen** **Einverständnis** ist eine **Denkschrift** ausgearbeitet worden, die demnach den **interessierten** **städtischen** **Stellen** zur **Übermittlung** werden wird.

Selbst. Ein **besonderes** **Mißgeschick** widerfuhr dem **Reichswehr-** **Unteroffizier** **P.** Am 12. **November** hatte **P.** seine **25jährige** **Dienstzeit** bei **der** **1. Infanterie** **Reg.** **12.** **hiesig** **beendet** **und** **am** **14.** **in** **seiner** **Heimat** **mit** **Schwarm** **(Kreis** **Friedberg)** **und** **hier** **noch** **am** **Morgen** **des** **15.** **wieder** **einmal** **sein** **lebendes** **Zeugnis** **nach** **Oberode** **zurück**. **Aus** **Übersiedlung** **verpflichtet** **sein** **Ziel**, **wurde** **in** **Lehota** **von** **dem** **Suge** **wegen** **Spielergebnisse** **verhaftet** **und** **dem** **Militärgefängnis** **zugeführt**. **Ein** **polnischer** **Mittelschlichter** **versuchte** **ihn** **dann** **über** **die** **Verhältnisse** **bei** **der** **Reichswehr** **auszufragen**. **Auf** **die** **Beantwortung** **auf** **diplomatische** **Weise** **führte** **noch** **Altmann** **geantwortet** **hätte** **und** **P.** **auch** **nach** **seiner** **Verhaftung** **schon** **als** **Jugendlicher** **in** **sein** **erst** **polnischer** **Staat** **an** **autonomen** **Rechtsgebungen** **beteiligt** **hat** **und** **deswegen** **dort** **an** **der** **Schwarzen** **Ulle** **hieb**, **mußte** **er** **auf** **alle** **Fälle** **stehen**. **Unter** **Operierung** **seiner** **nicht** **unerbittlichen** **Verhaftung** **brach** **er** **aus** **dem** **Gefängnis** **aus**, **gelangte** **nach** **einem** **Nachtmarsch** **schließlich** **an** **einer** **kleinen** **Station** **in** **einem** **deutschen** **Wagen** **eines** **Marienburgers** **Suzers**. **Nach** **erfülltem** **Marsch** **traf** **er** **bei** **seiner** **Heimat** **ein**. **Jetzt** **erst** **konnte** **die** **auf** **so** **eigenartige** **Weise** **veränderte** **Hochzeit** **gefeiert** **werden**.

Königsberg **L. W.** In **seiner** **Veranstaltung** **wurde** **im** **Nachdem** **des** **früheren** **Oberrheinvereine** **Dr. h. c. Ernst** **Siecht** **eine** **neuerbaute** **fünftklassige** **Volksschule** **auf** **den** **Namen** **des** **früheren** **Oberrheinvereine** **genannt**. **Siecht** **erklärte** **in** **einer** **Ansprache**, daß **die** **Förderung** **der** **abgetrennten** **Provinz** **Ostpreußen** **nicht** **nur** **eine** **wirtschaftliche** **Aufgabe** **sei**, **sondern** **eine** **kulturelle** **Aufgabe** **darstelle**. **Im** **Rampf** **um** **die** **Deutsch-** **erhaltung** **des** **Vandes** **sei** **die** **Volksschule** **die** **beste** **Waffe**.

Aus der Grenzmark **Polen-Westpreußen** und der mittleren Ostmark.

Dr. Kross. Da in **heutiger** **Zeit** **maximale** **Schuldenraten** **kaum** **zu** **finanzieren** **sind**, **folgt** **die** **bringen** **des** **Schuldenraums** **durch** **Errichtung** **von** **so** **genannten** **Schul-** **Pavillons** **(Hörsäle)** **behothen** **werden**. **Da** **für** **diese** **Zwecke** **der** **Grenzmark** **neuerdings** **Offizien** **für** **Verfügung** **gestellt** **wurden**, **entstehen** **den** **betreffenden** **Schulgemeinden** **durch** **diese** **Hörsäle** **außer** **den** **Hand-** **und** **Spandien** **den** **zu** **laufenden** **Unterhaltung** **keine** **Kosten**. **Daraufhin** **wurde** **in** **sechs** **Ortschaften** **des** **Kreises** **Dr. Kross** **bereits** **die** **Errichtung** **solcher** **Schul-** **Pavillons** **beschlossen**, **und** **zur** **Erhaltung** **in** **zwei** **einigen** **einigen** **Dienstwohnungs-** **Pavillon** **für** **den** **zweiten** **Teil**. **Lehrer**, **Mehlgast** **einigen** **Dienstwohnungs-** **und** **Klassen-** **Pavillon**, **Wittko** **einigen** **dreiklassigen** **Schulneubau** **aus** **Holz**, **Caack** **einigen** **einklassigen** **Pavillon**, **Reber** **einigen** **zweiklassigen** **und** **Schiffner** **einigen** **Schule** **für** **die** **kath.** **Schule** **und** **eine** **Lehrerwohnung**.

Wittke. In **dem** **Vorte** **Wittke** **(Kreis** **Königsberg** **Am.)** **ist** **in** **diesem** **Jahre** **zum** **ersten** **Male** **seit** **dem** **Kriege** **wieder** **das** **„Diensthofen“** **abgebrannt** **worden**. **Dabei** **sind** **ein** **Exemplar** **und** **die** **beiden** **Gemeindebücher** **abends** **Wohnhaus** **abgebrannt** **worden**. **Als** **durch** **das** **Feuer** **am** **Heiligabend** **abends** **abgebrannt** **worden** **ist** **das** **Feuer** **in** **dem** **Wohnhaus** **ausgebrochen** **ist** **das** **Wohnhaus** **zu** **haus** **abgebrannt**.

Reu-Verstorbene. In **der** **Nähe** **des** **Strebens** **Reu-Verstorbene** **wurde** **ein** **polnischer** **Deputierter** **aufgegriffen**. **Die** **Verhaftung** **der** **Personen** **ergab** **sich**, **daß** **es** **sich** **um** **einen** **Ukrainer** **handelte**, **der** **erst** **vor** **kurzem** **in** **polnischer** **Heeresdienst**, **und** **zur** **Zeit** **einer** **Polener** **Garation**, **eingezogen** **worden** **war**. **Als** **Grund** **zur** **Verhaftung** **gab** **er** **an**, **daß** **er** **als** **Ukrainer** **nicht** **im** **polnischen** **Heere** **dienen** **wolle**.

Soltau. **Deutscher**, **erzählt** **Verstorbene** **nicht**! **Diese** **begegnung** **erzählt** **in** **der** **großen** **Vetter** **angebracht** **über** **die** **Erkenntnis** **an** **dem** **dieser** **Ge** **eingeweiht** **zu** **Mr.** **haben**, **nach** **einem** **Entwurf** **des** **Prof.** **Wittke** **Berlin** **von** **der** **Reiszeit** **Soldat** **in** **Form** **eines** **Zeugnisses** **am** **Springe** **aufgegriffen** **Ehrenmal** **für** **die** **Gefallenen** **des** **Weltkrieges**.

Wietze. In **Altrett**, **wo** **seine** **Familie** **seit** **dem** **19jährigen** **Kriege** **ansässig** **war**, **fiel** **der** **Bauerngutsbesitzer** **Wietze**, **eines** **der** **markantesten** **Ercheinungen** **unter** **den** **Oberbremen**. **Mit** **ihm** **erleucht** **das** **alteingesehene** **Geschicht** **im** **Monatshefte**.

